

# *Putins Absichten – Merkels Antworten?*

*Reflexionen zur Frage:  
„Strategischer Partner“  
oder Gegenspieler?*

*Fritz W. Peter  
Januar 2006*

Nachfolgend sind einige **Kurztexte** wiedergegeben, die sich – mit tagesaktuellem Bezug – mit den strategischen Fragen im Zusammenhang der **Bewertung der russischen energiepolitischen Manöver**, wie sie derzeit vom Kreml der Nachbarschaft Russlands aufgenötigt wurden, auseinandersetzen. – Zudem werden Fragen der Kommentierung der Ereignisse in Presse und Öffentlichkeit angesprochen, da eine hervorgehobene und **entschieden kritische Bewertung in Teilen der öffentlichen Diskussion erst spät und z.T. auch nur selektiv** erfolgte (vgl. Punkt 9). Punkt 7 enthält einige grundsätzliche Anmerkungen zum Thema „Politik und Interessen“. Punkt 8 verdeutlicht an einem weiteren Beispiel, dass „so oder so“ informiert und kommentiert werden kann.

1. Motive der russischen Energiepolitik  
(10.1.06)
2. Leser-Kommentar / Presse-Kritik  
(6.1.06)
3. Den Wald vor Bäumen nicht sehen  
(30.12.05)
4. Wohin Inkompetenz führen kann  
(21.12.05)
5. Putins lange Leine wird zur Schlinge um wessen Hals?  
(19.12.05)
6. Der Dank gilt abermals auch der polnischen Seite  
(5.12.05)
7. Politik und Interessen – *vested interests*  
(6.1.06)
8. Leser-Kommentar / Presse-Kritik  
(13.1.06)
9. Ambivalenzen (auch) auf *konservativer* Seite?  
Ein streitiger Gedankenaustausch  
(14.12.05)

(der letztere Teil – Nr. 9 – kann bei Interesse angefordert werden)

# Motive der russischen Energiepolitik

(siehe Titel-Alternative im Schlussteil dieses Beitrags)

*Fritz W. Peter, 7.1.06*

Russlands wirtschaftliche und politische Macht steht und fällt mit der Vermarktung seines Energiereichtums. Ohne die lukrativen Einkünfte aus diesem Geschäft müsste sich das Wirtschaftsgeschehen auf eine breitere Basis stellen. Wirtschaftliche Entwicklung wäre dann auf größere und gesichertere unternehmerische und individuelle Handlungsfreiheiten, also auch einen erweiterten, vor allem verlässlicheren Rechtsrahmen angewiesen. Das politische Modell müsste also ein liberales sein, um die gesellschaftlichen und individuellen Antriebskräfte zu wecken. Dies schließt staatliche Lenkung nicht aus. Aber der überwiegende Charakter der gesellschaftlichen Entwicklung müsste demokratisch statt autokratisch sein. Russland befindet sich jedoch zunehmend in einer Entwicklung zur Autokratie. Die gelegentlich gewählte Bezeichnung „gelenkte Demokratie“ ist beschönigend und nur eine höfliche Umschreibung.

Der Putin-Berater Andrej Illarijonow kommentierte sein Ausscheiden aus der Regierung wie folgt: *„Vor sechs Jahren, als ich den Posten annahm, wollte ich Bedingungen schaffen helfen, um die wirtschaftlichen Handlungsspielräume zu erweitern. Inzwischen ist deutlich geworden, dass nicht nur die Wirtschaftspolitik eine andere geworden ist, sondern auch das ökonomische Modell für das Land.“* (s. Itar-Tass, vgl. auch NYT, 28.12.05, Meldung v. 27.12.05)

Er verweist auf die Rückkehr zu einem von staatsmonopolistischen Strukturen getragenen Wirtschaftsmechanismus bzw. auf die Abkehr von den Versuchen der neunziger Jahre, marktliberale Strukturen einzumischen und zu fördern. Grundpfeiler dieser Abkehr, die Putin gezielt und kompromisslos verfolgt, ist der **Aufbau eines staatlichen Energiemonopols**, durch den sich Macht- und Hegemonialpolitik finanzieren lässt. Verbliebene private Anteile landeten im Eigentum der bisherigen Nomenklatura (siehe u.a. Viktor Tschernomyrdin) oder gefügiger – „unpolitischer“ – neureicher Personen (wie Ölmilliardär Roman Abramowitsch, der sich damit zufrieden gibt, die besten Fußballer der Welt für seinen Verein zusammenzukaufen). Wer sich nicht fügte, wie Michail Chodorkowskij, sondern Konkurrenz für Putin (dessen Petersburger Seilschaft und dessen Netzwerk im Geheimdienstapparat) war, wurde nach alter sowjetischer Manier durch Rechtswillkür in Schauprozessen beseitigt (s. u.a. *„Ende der Krötenwanderung“*, S. 2, <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=43> ).

Die bisher schlimmsten Folgen der Linie Putins (mit Profiten aus den Energieressourcen politische und wirtschaftliche Vormachtstellung zurückzuerlangen) hatte Tschetschenien zu tragen. Im neuen Jahresbericht von *Freedom House*, in dem der Status Russlands von „teilweise frei“ auf „unfrei“ herabgesetzt wurde, wird eindringlich auf die Vernichtungswirkung der russischen Politik in Tschetschenien hingewiesen. Der *Freedom House*-Forschungsleiter kommentierte: „*Tschetschenien ist eine der schlimmsten politischen Landschaften der Welt . . . wegen der Gewalt . . . und der schwachen Institutionen, die für die Gewährleistung politischer Rechte . . . notwendig sind. Man kann eigentlich sagen, dass sie dort überhaupt nicht existieren.*“

Die russische Unterwerfung Tschetscheniens und die vollständige Kontrolle des Landes sichern den Zugriff auf die Energieressourcen der Region am Kaspischen Meer und die Transportwege im Kaukasus. Die Zerstörung der Lebensgrundlagen Tschetscheniens ist aus Sicht der Energiestrategie Putins unerheblich. Die Ziele der russischen Politik werden in Tschetschenien ebenso resolut verfolgt wie in der Markterschließung nach Westen; das Ausspielen der Nachbarländer ist ein aus Kreml-Sicht logischer Teil der Strategie. Im Blick auf die für März anstehenden Wahlen in der Ukraine und in Weißrussland wird den einen kurzerhand mit der Vervierfachung bis Verfünffachung des Bezugspreises für Erdgas gedroht, während die anderen weiterhin die alten Vorzugskonditionen erhalten. Die einen – das sind die nach Europa strebenden Ukrainer. Die anderen – das ist der politisch rückständigste Staat Europas, Weißrussland.

Die weißrussische Bevölkerung soll für eine Russland freundliche Stimmabgabe geködert werden. Der Wahltermin wurde übrigens am Tag nach dem Besuch des weißrussischen Diktators bei Putin verkündet. In der Ukraine, andererseits, will die Kremlführung den erwachten politischen Freigeist mit ökonomischem Drohpotenzial einschüchtern und in diesem – ethnisch zwischen Ukrainern und Russen etwa hälftig gespaltenen Land – entscheidende Stimmenanteile holen. Interessant zu wissen ist auch, dass der Ukraine vor den letzten Wahlen, aus denen schließlich die Opposition – mit ihrer „Revolution in Orange“ – als Sieger hervorging, von russischer Seite im gezielten Versuch der Wählerbeeinflussung schriftlich zugesichert worden war, den Energiepreis für weitere fünf Jahre stabil zu halten. So hatte Putins Berater Andreij Illarijonow (siehe oben und in den nachfolgenden Kommentaren) im Aug. 2004 erklärt, dass Gasprom mit der ukrainischen Erdgasgesellschaft – Naftogas Ukrainy – eine vertragliche Abmachung getroffen habe, die auf weitere fünf Jahre die Lieferung zu Vorzugskonditionen garantierte.

Nun hat man es sich kurzerhand anders überlegt. Als „Entgegenkommen“ bot Putin in einem vordergründigen Spiel zwischen Gasprom-Vorstand und Kreml-

Führung an, den Vollzug der Preisanhebung oder aber des Lieferstopps für drei Monate auszusetzen, falls die Ukraine noch am selben Tag in die Gasprom-Forderungen einwilligen würde. O-Ton Putin: *„Ich weise die Regierung und Gasprom an, die Erdgas-Versorgung der Ukraine im ersten Quartal 2006 zu den bisherigen Konditionen und auf der Basis der Preise von 2005 sicherzustellen, vorausgesetzt, die ukrainischen Partner unterzeichnen vor Ablauf des Tages einen Vertrag, der die Gasprom-Vorschläge – betreffend den Übergang zu Marktpreisen – im zweiten Quartal beinhaltet.“*

Illarijonows Ausscheiden aus seiner Funktion als exponierter Regierungsberater hängt mit den politisch motivierten Pressionen des Kreml auf die Nachbarländer zusammen. Energie werde als *„Waffe gegen Nachbarn“* benutzt, beurteilte er die Situation; damit steuere man *„in Richtung einer imperialistischen Politik“*. Dies aber habe *„einen hohen Preis für die Bürger (gemeint: die Bürger Russlands), der einmal zu zahlen sein werde.“* (CNN.international.com, 31.12.05: *„Ukraine warms to Putin gas deal“*, u.a.)

Über Kritik und Ausscheiden Illarijonows ist in englisch-sprachigen Medien berichtet worden, nur wenig oder spät oder gar nicht dagegen in unseren deutschen Medien. Angesichts der Brisanz der Aussagen, ihrer Deutlichkeit und des ungewöhnlichen Muts, der sich hier zeigt, erscheint die *„Informationszurückhaltung“* auf unserer Seite aufs höchste bedenklich. Sie ist umso verwunderlicher, als derzeit auch durch Schröders Aufsichtsratsposten bei der Gasprom-Tochter NEGPC jede Nachricht über russische Energiepolitik auf erhebliches Leser-Interesse stößt. Wo bleibt der Geschäftssinn, liebe Zeitungsmacher, wo die Parteinahme für wirtschaftsliberale Kritik, verehrte Redakteure der wirtschaftsliberalen Presse? Wo bleibt die Parteinahme für kritische politische Gesinnung, liebe Genossen-Redakteure, und wo das Eintreten für politisches Maßhalten, liebe liberal-konservative Presse? Müssen erst zahlreiche *„Weblogs“* Sie rechts und links überholen, bevor Sie den Biss und die analytische Potenz entwickeln, die z.B. die amerikanischen Medien zeigen?

Der Aufbau eines staatlichen Energieimperiums in Russland erfüllt eine parallele Funktion wie der seinerzeitige rüstungsbürokratische Komplex der Sowjetunion. Die sowjetische Variante des *„militärisch-industriellen Komplexes“* war das innere Scharnier der Sowjetgesellschaft, die politisch-ökonomische Klammer des Systems, das seine Herrschaft auf die Staatsbürokratie und *„Staatsklasse“* gründete. Die sowjetische Macht- und Hegemonialpolitik war nach innen durch *„gesellschaftlichen Konsens“* abgesichert, da diese Gesellschaftsschichten davon profitierten. Nun wird ein Energiekomplex gebildet, der eine insofern vergleichbare sozial-ökonomische Funktion übernehmen kann. Der Rüstungskomplex wird

sicher weiterhin eine Rolle spielen (in *diesem* Zusammenhang gehört freilich auch das Angebot Russlands, für den Iran die Anreicherung von Uran zu übernehmen, denn dieses würde zur Auslastung und Ausweitung dieses rüstungsnahen Kapazitätsbereichs führen), jedoch wird die *tragende* Rolle nun beim **Energie**-Komplex liegen, der die Stellung der Machteliten und gesellschaftlichen Eliten sichert und die Finanzierung der russischen Versuche einer Machtausweitung auf das Russland vorgelagerte Glacis ermöglicht. \*)

Politiker und andere Personen, die Appelle an Schröder richten, dass er – mal an dieser, mal an jener Stelle – intervenieren möge, wollen nicht erkennen, dass eine zielbewusste und entschlossene Haltung der Politik Putins zugrunde liegt, die als Basis für eine neue russische Machtprojektion und Hegemonialstrategie dient und bei der Schröder nur eine Figur, eine Marionette, innerhalb des Kreml-Kalküls ist. Schröder hat bereitwillig an der anderen Seite des Tisches Platz genommen und mag als Blickfang dienen, aber durch Zureden eines Polit-Touristen wird sich der Entwurf der russischen Großmachtpolitik, sprich: das strategische Kalkül der russischen „Staatsklasse“, kaum auch nur ein Jota ändern lassen.

Dass unsere Medien u.a. das Ausscheiden Illarijonows im Dezember und seine Begründungen nicht gemeldet oder angemessen kommentiert haben, ist vor dem Hintergrund einer Analyse der Motive der russischen Politik nicht zu verstehen – oder sollte es sich hier gar schon um Zeichen des Wohlverhaltens handeln? Es ist zu begrüßen, dass eine Diskussion (angesichts der Energieversorgungsängste in der Bevölkerung) inzwischen in Gang kommt, aber diese Diskussion dürfte ruhig ein wenig tiefer schürfen, als nur bei den Fragen der Liefersicherheit und des allgemeinen Energiethemas stehen zu bleiben.

Hier geht es nicht um ein spezialistisches Teilthema für Energieexperten, sondern um das Eintreten für den liberalen europäischen Traum des Zusammenlebens der Völker und die Gestaltung der Staaten als Zivilgesellschaften. Stichwort „Kant“ – dessen Lebensmittelpunkt jene Stadt in der heutigen russischen Enklave war, von der Putin jüngst in öffentlicher Erklärung sagte, dass sie immer schon eine russische gewesen sei – während Schröder neben ihm stand ...)

---

\*) Vgl. Fritz W. Peter, „Werden die Chancen für Abrüstung vertan? Der sowjetische rüstungsbürokratische Komplex als Faktor und seine mangelnde Berücksichtigung in der westlichen Diskussion“, in: Zeitschrift für Politik, ZfP, Organ der Hochschule für Politik München, 30. Jg. 3/1983, S. 252–270. **Leider hat - unter nunmehr neuen Vorzeichen - der Beitrag auch nach 22 Jahren wenig an Aktualität eingebüßt.** Vgl. u.a. auch die Zeitschrift „Russia Intelligence. Politics & Business Inside Russia“ ([www.russia-intelligence.fr](http://www.russia-intelligence.fr)), u.a. Heft 24 (15.12.05) „Gazprom Strikes Out on Every Energy Front“ und „Tug-of-War over Military-Industrial Complex“, [www.russia-intelligence.fr/uk/iso\\_album/ria14.pdf](http://www.russia-intelligence.fr/uk/iso_album/ria14.pdf) >> ... [ria24.pdf](http://ria24.pdf)

Dem reflektierten Beobachter können die (eben erwähnten) Appelle an Schröder, in die Energiestrategie des Kreml einzugreifen, *nur lächerlich bis peinlich erscheinen*. Vielleicht beginnt man über diesen Hinweis einmal nachzudenken?

Einen Kommentar der *Neuen Zürcher Zeitung*: „Von Fluten und Dämmen“, vom 2.1.06, möchte ich hier einflechten:

*„Wie sehr Freiheit heute wieder in Gefahr ist, zeigt sich an manchen neueren Entwicklungen im Russland unter Putin. Er presst Unternehmen und Medien, mithin die Meinungsfreiheit, Schritt für Schritt zurück unter die Kontrolle seines autoritären Regimes. Er erpresst nach früheren billigen Lockungen eine nach mehr Freiheit strebende Ukraine mit dem Gaspreis-Hebel zu moskaufreundlichem Wohlverhalten. Und er sucht westlichen Goodwill für seine anti-freiheitliche Politik zu erkaufen, indem er einem Ex-Kanzler Schröder oder einem früheren amerikanischen Handelssekretär Donald Evans lukrative Posten bei Gazprom oder Rosneft anbietet. Im Unterschied zum Deutschen macht der Amerikaner allerdings nicht mit.“*

*Das Jahr 2005 hat viele Wasserfluten und gebrochene Dämme gesehen. Nicht weniger bedeutsam sind die Bedrohungen der Freiheit und des Rechts. Für die Vorkehrungen zur erfolgreichen Behauptung von Freiheit und Recht bedarf es vielerlei geistiger Anstrengungen – in den Köpfen, in privaten Diskursen und in den politischen Debatten und Entscheiden. Wehe, wenn man dem Fanatismus die Herrschaft überliesse.“*

Wäre Rotgrün noch im Amt, könnte oder müsste der Titel meines Beitrags lauten: **„Nicht Rapallo, sondern München lässt grüßen.“** Dieser Aspekt – wenn richtig gewichtet – drängt sich angesichts der schröderschen Politik der letzten Jahre auf und muss einbezogen werden. Jedenfalls müsste er aufgenommen werden, wenn verantwortlich – vom Ende her – gedacht wird.

Schröders politische Antwort auf die energiepolitischen und außenpolitischen Herausforderungen für Deutschland war die Anbiederung an Chirac und Putin. Schröder sprach viel von deutschen Interessen. Gegenüber Putin winkte er damit zu Ausverkaufspreisen. Schröder sprach von nichts lieber als von Deutschland als einer „mittleren Macht“. Aus „Macht“ ward „Nacht“. **Die Möglichkeiten, von deutscher Seite gestaltenden Einfluss in der internationalen Politik zu nehmen, waren am Ende der Amtszeit deutlich (!) geringer als am Beginn** (vgl. Analyse in: Fritz W. Peter, „*Ende der Flegeljahre in der deutschen Politik*“, Okt, 2005, [www.wadinet.de/news/dokus/Ende-der-Flegeljahre.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/Ende-der-Flegeljahre.pdf) ). **Wie werden die Antworten der neuen Regierung sein? Werden sie rationaler gesteuert sein, von Realismus und Substanz (statt von Voluntarismus und von Showeffekt) geprägt sein, europäisch – statt rückwärtsgewandt nationalstaatlich – angelegt sein?**

Gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit mit Russland gelingt desto besser und kann desto intensiver sein, je mehr die Rolle deutscher Politik innerhalb Europas und im Rahmen der transatlantischen Beziehungen verstanden und berücksichtigt wird, nicht in Sonntagsreden, sondern der Substanz nach! Diese Grundregel deutscher Politik, die auch Brandt und Schmidt konsequent beachteten, wurde unter Schröder und Fischer – begriffslos – beiseite geschoben. Außer am Maßstab „Arbeitsplätze“ (sprich: wirtschaftliche Liberalität und Vernunft) wird sich die Bundeskanzlerin am Grad der Rück- und Neuorientierung deutscher Außenpolitik an einer Balance zwischen europäischen, transatlantischen und deutschen Interessen messen lassen müssen und – wie ich felsenfest überzeugt bin – messen lassen wollen.

### **Leser-Kommentar (online-Forum)**

zum F.A.Z.-Beitrag v. Reinhard Veser, „Dimitrij Medwedjew. Putins Kontrolleur“ (5.1.06, erschienen 6.1.06). Web-Adresse v. Vesers Beitrag:

[www.faz.net/s/RubEC1ACFE1EE274C81BCD3621EF555C83C/Doc~EF947373E726E4561B45D32A34A1D8E18~ATpl~](http://www.faz.net/s/RubEC1ACFE1EE274C81BCD3621EF555C83C/Doc~EF947373E726E4561B45D32A34A1D8E18~ATpl~)

### **Leser-Kommentar v. Fritz W. Peter, 6.1.06**

Sehr bedauerlich ist es, dass das Ausscheiden von Andreij Illarijonow nicht ebenfalls ausführlich zum Thema gemacht wurde. In: Washington Post, NYT, CNN (u.a.) sind in den letzten 14 Tagen sein Ausscheiden und seine sehr aussagekräftigen Statements immer wieder Gegenstand der Darstellung gewesen. In einem FAZ-Artikel vom Juli 2005, „Russlands neue ‚Staatsoligarchie‘“ findet sich sein Name. Warum hat man den Vorgang seines Ausscheidens in der deutschen Presse nahezu unterschlagen. Erst die erwachten Versorgungsängste durch den Erdgas-Streit führten zu etwas umfangreicherer kritischer Berichterstattung über das „System Putin“. Immer noch scheint der illusionäre Politikansatz Schröders gedeckt zu werden, der darin bestand, durch nationale Anbieterei sich das Wohlwollen der Putin-Mannschaft erkaufen zu wollen, statt durch ein konzentriertes Vorgehen mit anderen europäischen Energiebezieherländern Verhandlungsmacht aufzubauen. Andreij Illarijonows Auftreten bietet ein Kontrastprogramm zum mangelnden Urteilsvermögen des deutschen Ex-Kanzlers. Die deutschen Medien kuschten wieder einmal. Deutlich wurden zunächst nur die amerikanischen Kommentatoren. Schließlich las man dann auch bei uns das eine oder andere. Trauriger charakterlicher Befund, aber leider wahr.

## **Leser-Kommentar**

zum Beitrag v. Ulrich Speck im ZEIT-Weblog „Kosmoblog“,  
Rubrik: „Unterwegs im Netz“ – „Lektüren (27-12-05)“

## **Den Wald vor Bäumen nicht sehen**

v. Fritz W. Peter, 30.12.05

Ulrich Speck weist auf den Fall Andrei Illarionov (Andrej Illarionow) hin. In englischsprachigen Medien (u.a. CNN, AP) wurde das Ereignis kommentiert. Die deutschen Medien verstecken diese Information bisher, obwohl es – oder weil es? – ein weiteres Zeichen für die Rückkehr zu monopolbürokratischen, manipulativen Verhältnissen in Russland ist. Nicht nur Gruppierungen und mafiöse Netzwerke treiben dort (u. über die Grenzen hinaus) ein korruptes Spiel, nein, die russische Staatsbürokratie unter Putin übernimmt selbst immer direkter und ungenierter die Rolle des Manipulateurs. Dies fällt umso leichter, da die dortigen Medien inzwischen eingeschüchtert oder gleichgeschaltet sind. Machen wir uns durch Informationszurückhaltung mitschuldig?

Weißrussland zahlt weiterhin nur 46\$ pro 1000 Kubikmeter Erdgas, die Ukraine soll ab 1.1.2006 den 5-fachen Preis zahlen. Weißrussland unter Lukaschenko ist das zugleich rückständigste u. diktatorischste Regime Europas – die Ukraine dagegen befindet sich auf dem Weg zu den politischen Werten Europas. Putin hat Lukaschenko bei dessen Besuch vor Weihnachten die feste Zusage gegeben, bis Ablauf 2006 am alten Preis festzuhalten. Parallel dazu hat der Staatsbetrieb Gasprom – also im Auftrag des Kreml – die Ukraine ultimativ mit der Verfünffachung des Preises konfrontiert; ansonsten würden die Lieferungen eingestellt – wie außerordentlich passend, dass gerade Winter ist! Der Vorgang illustriert exemplarisch den Charakter der Politik Putins, vor die sich auch Schröder immer schützend gestellt hat. Als illustrativ kann auch die Aussonderung des marktorientierten Wirtschaftsberaters Illarionow gewertet werden. Es herrscht jedoch Schweigen im deutschen Walde.

Ein Freund aus Kanada, der gewohnt ist, täglich in 4 Sprachen die internationale Presse durchzusehen, drückte sich in einem Neujahrsgruß besorgt und in eindringlichen Worten wie folgt aus:

„Ich wünsche Ihnen alles Gute zum Neuen Jahr. Es könnte interessant werden. Was mich an den deutschen Medien leider immer wieder besorgt macht, ist der Mangel an internationaler Sicht. Dabei ist die Welt kleiner denn je.

Der Entführungsfall im Jemen – warum gerade diese Familie? Die kostspielige Osthoff-Farce? Ein Stasi-Offizier wird Pipelinedirektor. Schröder kriegt einen Job bei Rignier in der Schweiz. An gleicher Stelle, in Zug in der Schweiz, deponiert auch die Pipelinemafia Millionenprofite. Schröder wird Pipeline-Aufsichtsratschef. Putins Wirtschaftsexperte "tritt zurück". Russland liefert Gas zum Vorzugspreis an Weissrussland. Russland erhöht den Gaspreis drastisch für die Ukraine. Alles wird kunterbunt berichtet, aber man hat das Gefühl, dass sich niemand etwas dabei denkt. Diese Nachrichten werden zusammenhanglos – ohne Sinn und Verstand – zwischen Erdbeben, Attentaten, Schneestürmen, Autounfällen und Grossfeuern eingestreut.

Unterschlägt man ein Ereignis wie Illarionows "Rücktritt", weil man es nicht für so wichtig hält wie La Osthoff, ist es deshalb nicht passiert? Existiert etwas nicht, wenn man sich weigert hinzusehen? Das Motto der liberalen "New York Times" ist: "All the News that's Fit to Print".

Besten Gruss, Gerry.“

Mir sprechen die Worte Gerrys sehr aus dem Herzen: Man kann die Dinge internationaler sehen oder auch mehr aus dem Blickwinkel der deutschen Provinz. Viele – und wohl auch z.T. die veröffentlichte Meinung – präferieren den lokal begrenzten Gesichtspunkt. Und stehen dafür „im Wald“ mit all seinen vielen Bäumen.

Manche appellieren sogar an Schröder, der doch längst auf der Gehaltsliste der anderen Seite steht. Für ein „Augen auf im Straßenverkehr“ reicht es allenthalben noch. Für ein „Augen auf in der Politik“ offenbar bei vielen nicht. Basta.

## **Wohin Inkompetenz führen kann**

### **Leserkommentar v. Fritz W. Peter**

**zum Beitrag v. J. Joffe, „Gestatten, Merkel“, in: DIE ZEIT, 21.12.05**

[http://www.zeit.de/2005/52/01\\_leit\\_2\\_52\\_txt](http://www.zeit.de/2005/52/01_leit_2_52_txt)

Nie hatten wir einen inkompetenteren Kanzler. Joffe sagt es höflicher, aber nichts anderes gibt er zu verstehen.

Er muss es seinen Lesern behutsam sagen, denn es sind Leser, die gern in rotgrünen Illusionen geschwelgt haben und mit dieser Einstellung bei ZEIT-Autoren wie Michael Naumann weiterhin bestens aufgehoben sind.

Joffe zeigt ein faires Verhalten gegenüber dem Leser, der zurecht erwartet, dass er dort abgeholt wird, wo er steht. Vielleicht geht dieser Leser dann auch ein Stück weit mit, selbst wenn dies eine Absage an liebgewonnene Positionen bedeuten würde.

Joffe findet schonende Formulierungen, um seinem Leser zu helfen einzusehen, dass die Außenpolitik Schröders seit 2002 einem Totalbankrott gleicht. Nicht nur waren es verlorene Jahre, es waren zerstörerische Jahre.

Joffe bilanziert, dass die Ost-Drift der schröderschen Politik "den deutschen Einfluss nicht gemehrt" hat. Wie außerordentlich zartfühlend gegenüber seiner Leserschaft! Denn die Möglichkeiten, *von deutscher Seite gestaltenden Einfluss in der internationalen Politik zu nehmen, waren am Ende der Amtszeit deutlich geringer als am Beginn* (vgl. S. 3f, "Ende der Flegeljahre in der deutschen Politik", [www.wadinet.de/news/dokus/Ende-der-Flegeljahre.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/Ende-der-Flegeljahre.pdf) )

Verspielt wurde das hohe Ansehen der ausgleichenden Rolle deutscher Politik innerhalb der europäischen Gemeinschaft, verschrödert wurde das enorme Vertrauenskapital, das im Bündnis und transatlantischen Verhältnis in Jahrzehnten aufgebaut worden war.

Viele Landsleute haben händereibend zugesehen, wie die Vertrauensposition unterminiert wurde. Was, bitteschön, wurde an die Stelle gesetzt? Sagen wir es doch ehrlich, liebe Landsleute: Anbiederung an das Hegemonialstreben Putins und den spinnerten Gaullismus Chiracs! Während letzteres eine lächerliche Note hat, ist ersteres eine direkte Gefahr für den Staatengürtel Russlands und die innereuropäischen Beziehungen.

Chancen einer koordinierten europäischen Positionierung gegenüber autokratischen Tendenzen auf russischer Seite blieben ungenutzt, weil Schröder im Sinne Putins einen Gegensatz zwischen notwendigem Energiebezug aus Russland und notwendiger Demokratieentwicklung in der russischen Gesellschaft unterstellte und konstruierte und sich aus konzeptionellem Unvermögen und ohne Zögern auf die Seite der Demokratiegegner schlug.

Wenn Putin Schröder eine dem Kreml-Diktat unterstellte Position bei Gasprom anbietet, so nicht aus Achtung sondern Kalkül. Es steht zu vermuten, dass sogar Putin Schröder heute höher achten könnte, wenn dieser ihn im wohlverstandenen nationalen russischen Interesse an das Demokratieerfordernis erinnert hätte, ohne das es eine tragfähige Entwicklung weder der russischen Gesellschaft noch der russisch-europäischen Zusammenarbeit geben kann.

Über EU-Gremien, so wie es hinsichtlich Tschetschenien, der Presse- und Justiz-Übergriffe etc. versucht wurde, wäre ein behutsamer, konzertierter diplomatischer Kurs gegenüber Putin noch möglich gewesen, der die Grenzen signalisiert hätte. Verschleudert wurden diese Chancen durch rotgrüne außenpolitische Ostdrift, verschrödert für das Linsengericht einer weisungsgebundenen AR-Funktion in einem Staatsunternehmen, das nicht nur als Monopolist Macht gegen Recht ausspielen kann, sondern konfiguriert wurde, um Macht gegen Recht ausspielen zu können – am Maßstab der Hegemonialinteressen des Kreml.

## Leser-Kommentar v. Fritz W. Peter, 19.12.05

zu den Beiträgen von Michael Thumann in DIE ZEIT sowie von Ulrich Speck im Weblog „Kosmoblog“ der Website von DIE ZEIT

### Michael Thumann: „Schröders lange Leitung“, DIE ZEIT, 51/2005

[http://www.zeit.de/2005/51/01\\_leit\\_1\\_zeile?page=all](http://www.zeit.de/2005/51/01_leit_1_zeile?page=all)

### Ulrich Speck, in: Weblog „Kosmoblog“, DIE ZEIT „Unterwegs im Netz“ / „Ostsee-Pipeline“, 19-12-05

<http://blog.zeit.de/kosmoblog/?p=156>

*Kommentar v. Fritz W. Peter*

## Putins lange Leine wird zur Schlinge um wessen Hals?

Michael Thumann stellt seinem Beitrag in den Einführungsbemerkungen einige zentrale Fragen voran: "Wie verflochten ist Deutschlands Energie-AG? Wessen Interessen vertritt der frühere deutsche Bundeskanzler?" Der Artikel drückt sich nicht um die Antwort herum. Antwort zu Frage 1: Die SPD unter der Kanzlerschaft Schröders betrachtete das Management der Energiewirtschaft als Selbstbedienungsladen. Das Personalgeflecht ist mafiös. Antwort zu Frage 2: Russland wird gegen seine Abnehmer Osteuropa und Deutschland Preisdiktate besser durchsetzen können und dies aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Führung aus dem Kreml auch tun (weisungsgebundenes Staatsunternehmen mit festgeschriebener russischer Anteilsmehrheit). Das erwartete, von Monopolgewinnen getragene, exzellente Geschäft soll der machtpolitischen Wiedererstarkung Russlands dienen. Darin liegt seine hauptsächliche Zweckbestimmung. Finanziert wird dies vom angrenzenden Europa.

Schlussfolgernd stellt Michael Thumann in seinem Beitrag nüchtern fest, dass die von Schröder mitgeplante und künftig mitverantwortete Konstruktion des Energiebezugs "Deutschland und Europa schadet". Die Argumentation ist nur folgerichtig. Für Schröders "Ehrensache" werden seine Landsleute und andere Miteuropäer mit viel täglicher Münze einen wirtschaftlichen Preis (der sich erheblich summieren dürfte) und politisch einen äußerst hohen Preis zahlen.

Hinzufügen möchte ich zu Thumanns Schlussfolgerung nur, dass Schröder weiter konsequent im Sinne seiner (von vielen geschätzten) "multipolaren" Politikkonzeption agiert. Nur stärkt er nicht den europäischen "Pol" (als Gegenpol zur derzeit einzigen Supermacht), sondern beteiligt sich an der Stärkung des russischen "Pols", der bekanntlich gerade durch die antimarktradikalen Maßnahmen Putins zur "asiatischen Produktionsweise" (Marx) zurückkehrt.

Ganz maßvoll möchte ich noch einige Bemerkungen hinzusetzen, die die Grenzen der schröder-schen Funktion bei Gasprom sowie Verbindungslinien im inneren Gehalt seiner früheren Politik zur heutigen Funktion aufzeigen:

Schröder wird als AR-Chef der NEGPC einige Gedanken vorbringen können, aber einfließen werden nur die, die in Putins Linie liegen. Die staatliche Kontrolle über das russische Öl- und Gasimperium hat Putin nicht aufgebaut, um eigene Direktionsgewalt – und sei es durch gute Freunde – verwässern zu lassen. Die russische Staatsklasse wird jede (!) Entscheidung kontrollieren. Schröder ist nur ein aufgeklebtes Etikett.

Gerhard Schröder ist sich dafür nicht zu schade und war sich auch vorher für fragwürdige Auftritte nicht zu schade: für seine Apologetik gegenüber Russland (Chodorkowskij-Schauprozess, Demokratieabbau in der russischen Gesellschaft, Tschetschenien ...) und gegenüber China (gegen Taiwan gerichtete Waffengeschäfte); für seine Auftritte in Tokio (seine hastige UN-Sitz- und Veto-Forderung, unvermittelt vorgebracht, später selbst kleinlaut wieder kassiert) und in Kabul (achtlose Vorwegnahme des Wahlergebnisses bei Wahlen, die im Erleben der Afghanis ein unkorrupter Neuanfang sein sollten); für Affronts gegen EU-Staaten, die außerhalb der Dreier-Achse blieben; für seine Undiplomatie im Bündnis (an der sich Teile der deutschen Provinz händereibend gewärmt haben); für sein völliges Übergehen der Äußerungen Putins, als dieser den Hitler-Stalin-Pakt guthieß und – mit Schröder an seiner Seite – die Stadt Kants eine immer schon russische Stadt nannte.

Zudem probte Schröder die Berlusconisierung der deutschen Politik im Innern, am 22.5., 18:30h; dann wieder am 1.7. (gemeinsam mit Müntes frivolem Auftritt); erneut am 18.9. (unter dem Beifall seiner Partei und der sonstigen Fangemeinde) bei der Zelebrierung der Selbstermächtigung am Abend der verlorenen Wahl. – Wir sind Schröder los. Das ist die Hauptsache. Mag er nun dem neuen sowjet..., Verzeihung russischen staatsbürokratischen Komplex dienen: Nicht mehr nur MIK (militärisch-industrieller Komplex), sondern zusätzlich Energiekomplex. Viel Staat! Doch wieviel Raum für Gesellschaft und Demokratie? Leider bleibt diese kleine unbedeutende Frage und stellt sich sogar verschärft. Sie bewegt freilich nur Demokraten.

Schröder und Rotgrün sind Geschichte. Hätten Schröder und Müntefering keinen Anlass gefunden, einen Antrag für ein Misstrauensvotum zu stellen, wäre das Ende in 2006 durch Haushaltspleite bzw. Offenbarungseid gekommen und die SPD drohte ohnehin zur 18%-Partei zu werden. Im innen- wie außenpolitischen Konzept hat sich wenig gereimt u. Vieles war auf Illusionen gegründet. In nur wenigen Wochen erreicht derzeit eine neu formierte Regierung mehr (!) als die versammelten Illusionisten der letzten in den (verlorenen) 3-7 Jahren seit ihrer Wahl bzw. Wiederwahl.

(Bitte jetzt nicht den billigen Einwand, dass manche Figuren im Kabinett noch dieselben sind – denn eingenordet werden die Herrschaften jetzt wieder durch Vertreter eines intelligenten politischen Realismus.)

Schröder (u. mit ihm die ihn Hofierenden) empfängt derzeit die Höchststrafe, nämlich erleben zu müssen (und dies vor aller Augen in Europa und der Welt) wie viel besser Politik inszeniert werden kann als unter seinen und Fischers quälenden Jahren. Es fehlte an begrifflicher Basiskompetenz. Machtstreben ohne Basiskompetenz muss scheitern, daran (an dieser harten Wahrheit) führen auch Elbefluten und gewisse außenpolitische Wahlmanöver nur zeitweilig vorbei. Hoffentlich haben einige in unserem Land inzwischen verstanden, welche Scharlatanerie unter der Aufschrift "Medienkanzler" sich vollzog.

Nicht nur ist es gut, dass der Spuk vorbei ist, gut wäre auch, wenn der Vorgang in den Grundzügen von möglichst vielen Landsleuten – und sei es im Nachhinein – begriffen würde. Dies könnte dann wie eine Impfung wirken. Vielleicht hätten die Fehlleistungen der Vergangenheit dann wenigstens einen nachträglichen Nutzen.

Eine dritte Frage stellt Michael Thumann an den Anfang seines stringent aufgebauten Artikels: "Was bleibt von rotgrüner Außenpolitik?" In Anbetracht der Ergebnisse (außenpolitische Fehlorientierung, europapolitische Sackgasse, innenpolitische Blockade, bevorstehender haushaltspolitischer Offenbarungseid ...) der zugrunde liegenden Konzepte kann die Antwort nur heißen: "Hoffentlich nicht sehr viel! Das Behaltenswerte wird die jetzige Regierung erkennen, denn sie ist besser zusammengesetzt und steht unter deutlich besserer Führung."

&gt;&gt;

„Putins lange Leine“ wird vielleicht dank einer neuen politischen Konstellation in Berlin nicht zur Schlinge. Meine Prognose: Erstens, Putins lange Leine wird durch eine besser orchestrierte europäische Politik unter kluger Moderation der Bundeskanzlerin NICHT zur asymmetrischen Waffe gegen kleine Nachbarländer werden. Zweitens, wir werden einen weisungsabhängigen Schröder erleben. Die Schlinge wird sich für ihn schnell zuziehen, nicht so jedoch für die Energie-Empfängerländer – dank einer nun wieder einvernehmlicheren, balancierenderen deutschen Europapolitik, mit der schon der Kanzler der deutschen Einheit Erfolg hatte. Durch (endlich wieder) kompetente Moderation des innereuropäischen politischen Prozesses und durch realistische Zielmarken anstelle illusionärer Wolkenkuckucksmultipolarismen wird der „Alte Kontinent“ wieder ein wenig Fahrt aufnehmen. Hoffentlich werden manche Zeitgenossen dabei nicht gleich schwindelig. Übrigens, gern lasse ich mich an diesen Aussagen messen. Sprechen Sie mich ruhig wieder drauf an!

---

*Leserbrief v. Fritz W. Peter*

**SPIEGEL ONLINE: „Geheim-Archiv. Nukleares Inferno“, 5.12.05**

<http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,388283,00.html>

## Nukleares Inferno

**Bisher unbekannte Akten zeigen: Beim Generalstab des 1991 aufgelösten Warschauer Paktes lagen gruselige Kriegspläne in den Schubladen. Immer wieder spielten die Militärs nukleare Szenarien durch - so sollten polnische und DDR-Truppen in Norddeutschland und Dänemark landen.**

Hamburg - Darauf würde die Nato - so das Kalkül der östlichen Militärplaner - mit einer Salve Atomraketen auf Posen, Breslau, Warschau und 40 weitere polnische Städte reagieren. Der Gegenschlag des Kreml wäre noch fürchterlicher ausgefallen - von Brüssel, Antwerpen, Bonn, Köln, Stuttgart bis nach München hätten sowjetische Atomraketen ein nukleares Inferno entfacht.

Eine Europakarte mit einem solchen Schreckensszenario präsentierte der neue polnische Verteidigungsminister Radoslaw Sikorski jetzt der Öffentlichkeit. Sie datiert aus dem Jahr 1979 und stammt aus den Archiven des östlichen Militärbündnisses. Tonnenweise lagern Akten der früheren Allianz im Zentralen Militärarchiv in Rembertów nahe der polnischen Hauptstadt.

Insgesamt 1700 Bände sollen nach dem Willen der neuen konservativen Regierung schon bald dem Institut des Nationalen Gedenkens (IPN), einer Art polnischer Gauck-Behörde, übergeben werden. "Das bedeutet ein symbolisches Ende der Ära des Postkommunismus in unserem Land, in der die Menschen noch nicht die volle Wahrheit über die Vergangenheit erfahren durften", sagte Sikorski.

Wissenschaftler wie der Breslauer Historiker Pawel Pietrowski erhoffen sich neue Erkenntnisse über die inneren Strukturen der kommunistischen Militärmacht: "Polen und die anderen Länder im Warschauer Pakt waren keine unabhängigen Staaten. Aber wie stark und umfassend war der Druck aus Moskau wirklich?" Musste die Sowjetunion ihren Verbündeten dazu zwingen, bei der Niederschlagung des Prager Frühlings zu helfen, oder drängten etwa polnische Militärs darauf?

In den kommenden Wochen werden IPN-Wissenschaftler und Generalstäbler das Archiv durchsehen und entscheiden, was publiziert werden darf und was aus Gründen der "nationalen Sicherheit" geheim gehalten werden soll. Moskau ist bereits entrüstet: "Das ist eine politische Provokation", schimpfte der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses der Duma in Moskau, Konstantin Kossatschew. Der Schritt der Polen diene nur dazu, "die falsche Überzeugung zu verbreiten, dass die Sowjetunion und Russland die Hauptquelle allen Unglücks in Europa und Polen gewesen sind".

---

**Hierzu nachfolgend mein Leserbrief, unter dem Titel:**

## *Der Dank gilt abermals auch der polnischen Seite*

Für viele Leser mag diese Nachricht eine Überraschung u. Desillusionierung sein, aber werden sie auch Schlussfolgerungen für die heutige Zeit ziehen, z.B. hinsichtl. der Bedrohungen durch nukleare Proliferation u. Erstschlagfähigkeit, wie z.B. im Iran? Ich fürchte, viele werden weiter an der realen Gefahr künftiger A-Waffen-Verfügbarkeit für den Iran vorbeischaun wollen oder dieser Gefahr nur Wankelmut entgegen setzen.

Vielleicht kann sich dennoch (!) eine kluge Linie durchsetzen – mit folgender Argumentation: Nachdem nun Ernüchterung in die Politik zurückgekehrt ist, wird man die Notwendigkeit eines gemeinsamen westlichen Handelns erkennen. Dem iranischen Volk – der Reform und Entwicklung des Landes – wird nur gedient sein, wenn auch das Ausland den Fanatikern Grenzen zieht. Dazu bedarf es glaubwürdiger (d.h. tatsächlich ernst gemeinter u. konzertierter) Anstrengungen des Westens. Vielleicht – ganz ganz vielleicht – nuancieren dann auch Russland und China ihre Politik in sachdienlich problemlösender Weise.

Natürlich wird unsere Linke die falschen Akzente setzen wollen. Damit wiederholt sie ein altes Spiel. Ich erinnere an den Sturmlauf gegen den “Nachrüstungsbeschluss” und alle früheren und späteren wichtigen Maßnahmen, wie z.Bsp. den Nato-Kosovo-Einsatz. Daher lautet mein Kommentar zu Ihrem Beitrag „Nukleares Inferno“, dessen Information zwar in sich aufklärerisch ist, dessen wertende Kommentierung Sie aber leider unterlassen, wie folgt: Sie sollten Gelegenheit nehmen einzuräumen, dass Ihr Medium stets zu dem Teil der veröffentlichten Meinung gehörte, der die Fehler immer auf der eigenen Seite (Amerika, Nato und bei der Politik Helmut Schmidts und Helmut Kohls) gesucht hat, und erst in dritter Linie, wenn überhaupt, auf der martialischen Gegenseite. Nie haben Sie erkannt, dass die sowjet. Führungsmacht und ihre Hegemonialsphäre im Kern u. Wesen eine einzige große Kriegsökonomie waren, personell und institutionell abgebildet in der Staats- und Parteiführung und im innersten Führungszirkel; dass nämlich der MIK (der Militärisch-Industrielle Komplex) der einzig funktionierende Sektor der kommunistischen Welt war – Rüstungs- u. „Schwerindustrie“, militärbezogene Raumfahrt, Geheimdienstapparat u. Wirtschaftsspionage.

Aus der leninschen Absicht nachholender Entwicklung waren schon bald eine mechanistische Weltansicht, Tonnenideologie, eindimensionale Produktionslogik (O. Negt) geworden, und aus dieser (das hat die Linke dann nicht mehr erkennen wollen) konzentrierte Rüstungslogik, die das gesellschaftliche Geschehen diktierte und präformierte. Darin bestand über Jahrzehnte der Mechanismus sowjetischer Herrschaftslogik, wie ich Anfang der achtziger u.a. in „*Werden die Chancen für Abrüstung vertan? Der sowjetische rüstungsbürokratische Komplex als Faktor und seine mangelnde Berücksichtigung in der westlichen Diskussion*“ dargelegt habe (s. **Zeitschrift für Politik** – Organ der Hochschule für Politik München, **ZfP** 30. Jahrg. 3/1983). Die Fütterung der Gesellschaft mit Feindbildern und die Unterfütterung der Gesellschaft (u. der Machtstellung

der Partei u. Staatsklasse) mit einer das gesellschaftliche Produkt verwaltenden und verzehrenden Militärökonomie waren zur eigentlichen RAISON D'ETRE des Sowjetstaats geworden. So habe ich es gegen die auch damals in unserer Öffentlichkeit (und Medienöffentlichkeit) vorherrschende Verblendung formuliert. **Als einer von Wenigen wies der polnische Analytiker Michael Checinski auf die totale Vereinnahmung der östlichen Ökonomien durch die (nicht primär von außen induzierte, sondern) INNENGELEITETE Rüstungslogik hin! Auch jetzt ist es wieder ein polnischer Europäer, der von Ihnen zitierte Verteidigungsminister Radoslaw Sikorski, der Aufklärung betreibt.** Gut, dass Sie nun durch Ihre Presse-Meldung ein wenig Unterstützung geben. Aber – wie schon gesagt – Sie könnten und sollten mehr tun!

Mein Kommentar zu Ihrem Hinweis auf den Ernst der damaligen Lage und die durchaus nicht nur rational bestimmte nukleare Planung der Warschauer-Pakt-Strategen lautet vor dem Hintergrund des Gesagten wie folgt: Nur die europäische und deutsche **LINKE** hat sich darüber stets Illusionen gemacht. Dieser Illusionismus ist ein konstitutives Merkmal der Linken. **Es fehlt der Mut zur Realpolitik u. zur historischen Wahrheit. Politik ist für sie meist nur der Transmissionsriemen für die eigene, von Wunschenken bestimmte Ideologie; daher der ewige Hass auf nüchterne Wirklichkeitsbetrachtungen, nüchterne Wirtschaftskonzepte, nüchternes Reformstreben, nüchterne Realität.** Stets unter Verdacht: Nato, Nachrüstung, Amerika etc. pp. Die wahren Gefahrenpotenziale werden stets ausgeblendet. **Politik wird als Veranstaltung des Wünschbaren missverstanden, weniger als Mittel zur Ausübung von Verantwortung.** Aber auch in mancher rechten Ecke lauert das politische Missverständnis. Denn unabhängig davon, ob die jeweilige Einstellung „links“ oder „rechts“ ist, besteht die eigene „politische“ Artikulation oft nur darin, dass man seinen „Frust ablässt“. Politik ist aber weder „Müllabladeplatz“, noch „Weihnachtsbescherung“ (und sollte auch kein bloßer Medien-Event sein, wozu man sie für einige Jahre zu machen versuchte), sondern ein komplexes „Geschäft“ zur Wahrnehmung von Verantwortung für die Allgemeinheit.

**Hoffentlich überdauert eine realistische Haltung aufseiten der SPD,** und hoffentlich regiert beim kritischen Blick auf die Politik, verehrte SPIEGEL-Redakteure, nicht eine unterschiedliche Sehstärke im linken und rechten Auge.

Mit freundlichen Grüßen, Ihr

*Fritz W. Peter, So. d. 5.12.05*

---

*Nachfolgend sind Auszüge aus zwei Web-Diskussionsforen wiedergegeben, (1.) zum Thema: „Politik und Interessen“, (2.) zum Doppelthema: „Motive russischer Energiepolitik“/„Ambivalenz deutscher Politik und Öffentlichkeit in Bezug auf Amerika und Russland“.*

Leser-Kommentar v. Fritz W. Peter, 9.1.06, zu Beiträgen im Weblog „Kosmoblog“ auf der Website von DIE ZEIT

**Ulrich Speck, in: Weblog „Kosmoblog“, DIE ZEIT „Ideen und Interessen“ / „Politik und Interessen“, 6-1-06**

<http://blog.zeit.de/kosmoblog/?p=192>

[Wiedergabe umseitig – in Auszügen]

## *vested interests*

*Kommentar v. Fritz W. Peter*

Der von Ulrich Speck angestoßene Dialog und die zahlreichen wohlüberlegt formulierten Leser-Kommentare sind ein wirklicher Gewinn in der Sache. In der Tat wäre unserer Glaubwürdigkeit, der Logik und der politischen Hygiene gedient, wenn wir uns nicht mit unseren jeweiligen und oft gegensätzlichen Argumenten und Standpunkten seltsamerweise mit demselben Allgemeininteresse rechtfertigen würden.

Specks Beispiel, die Gewerkschaften, ist gut gewählt. Ergänzen möchte ich ein zweites Beispiel: die Selbstgewissheit von SPD und Linken, aus sich heraus – per definitionem – eine "soziale" Politik zu betreiben. Ich will nicht ausschließen, dass auch SPD-Politik hier und da einen Treffer landet (die wohlverstandenen sozialen Interessen des Landes tatsächlich trifft und mit Augenmaß vertritt bzw. voranbringt), aber die entsprechende Fehlerquote ist zumindest nicht geringer. Die letzte Regierungszeit war z.B. im Sinne der Wahrnehmung "sozialer" und allgemeiner Interessen ein Fiasko, wobei nicht nur an die gescheiterte Arbeitsmarkt- und Haushaltspolitik zu denken ist.

Deklamatorisch und "selbstdeklamatorisch" ist unsere Linke stets hochgradig sozial, fortschrittlich und so weiter, operativ ist sie eher ein Notfallpatient, der selbst „operativ“ versorgt werden müsste. Den Murks der letzten Jahre – d.h. dessen wirtschafts- und europapolitische Folgen – werden wir alle noch auf lange Zeit auszubaden haben. Man wird nicht sagen können, dass derartige Politik besonders sozial oder fortschrittlich oder problemlösend oder vertrauensbildend oder konzeptionsstark oder professionell oder wachstumsfördernd, an Zukunftserfordernissen orientiert, besonders stabilisierend, nachahmenswert, Frieden und Perspektiven schaffend gewesen sei.

Aber munter wird am Selbstbetrug festgehalten, in Wahrheit jedoch Partialinteressen Vorschub geleistet – unter dem Deckmantel einer Gemeinwohrrhetorik, nach dem Motto: "Wir stehen für soziale Politik." – Basta!

Auch für die Außenpolitik der letzten Jahre hatte diese Haltung fatale Folgen. Gerade dort gefiel sich rotgrüne Politik in ihrer angeblichen Wertebasiertheit. Es darf gefragt werden: War denn Schröders Ökonomismus (China, Russland, Lybien, um nur drei Stichworte zu geben) werte-

basiert? War sein Unilateralismus ein Beleg für prinzipienfesten Multipolarismus? War sein nahtloser Anschluss an die Energiepolitik des Kreml überzeugender Beleg einer emanzipatorischen deutschen Außenpolitik?

Europa hat gelitten unter der Achsenpolitik! Ebenso unter dem kurzzeitigen „Kerneuropa“-Konzept! Schröders Wahn, in einer national verengt definierten Politik, z.B. Energiepolitik, durch Ausrichtung an Russland Versorgungssicherheit zu erreichen, flog schon nach kürzester Zeit auf. Seine UN-Politik war ein Debakel. Rückwärtsgewandt wurde (statt europäischer Ambitionen) erstens das Prinzip der nationalstaatlichen Vertretung im Sicherheitsrat, zweitens das Prinzip der "Klassen-Gesellschaft" innerhalb des UNSC bestätigt.

Um es kurz zu sagen: Innen- u. außenpolitisch haben Schröder und Fischer vor allem bewiesen, dass sie den Sprung und Spagat zwischen deklamatorischer Selbstgewissheit und operativem Versagen beherrschen.

Wenn man einerseits zu allgemein bleibt (z. Bsp. von einer UN-Weltregierung träumt und einen unbedingten Multilateralismus fordert) und andererseits die nationalen Eigeninteressen zu kurz-sichtig definiert (z. Bsp. einseitig ökonomistisch) und mit Tunnelblick verfolgt (siehe Schröders Energiepolitik oder sein Versuch des Waffenexports an das säbelrasselnde China), so sind dies gewissermaßen komplementäre Verhaltensweisen, zwei Seiten derselben Medaille; die Letztere wird international schon nach kürzester Zeit nicht mehr als valides, Verlass bietendes Zahlungsmittel akzeptiert wird.

Es fehlt, wenn einerseits zu wolkig oder andererseits zu verengt gedacht wird, *ein ausreichend definiertes, im Diskurs legitimierte Interesse*. Wenn wir Ziele und Absichten (unser Interesse) nicht nur einerseits wolkig umschreiben, andererseits auch nicht zu verengt begreifen, werden wir uns vielleicht sogar selber besser verstehen. Der politische Diskurs wird dann keineswegs weniger hart, aber stärker am eigentlichen Thema entlang geführt werden können – nämlich entlang der Interessen der beteiligten Parteien, ihrer „vested interests“.

## **Der Weblog-Einführungsbeitrag (v. Ulrich Speck) lautete:**

In einem [Essay](#) für die *Welt* setzt sich der Ökonom Gert G. Wagner für die Anerkennung von Interessen im innenpolitischen Diskurs ein:

Der wichtigste Schritt zum Abbau der gefühlten Verlogenheit der Politik müßte die Anerkennung von legitimen Interessenkonflikten durch die Medien sein. Dabei gilt: Wenn Interessen, zum Beispiel die der Rentner an möglichst hohem Einkommen oder die der Bauern an Subventionen, als legitim angesehen würden, heißt das ja noch lange nicht, daß man sie akzeptiert. Aber die Diskussion würde profitieren, wenn Interessen nicht mehr per se ein Skandal wären und Interessenausgleich nicht per se als ein „Umsetzungsdefizit“ angesehen würde. Der Streit um Interessen wäre damit keineswegs beendet, aber statt über die Lästigkeit von Interessen zu lamentieren, würden in der veröffentlichten Diskussion Lösungen im Detail gesucht – es würde also

genau das geschehen, was Politiker jeden Tag tun. Mit anderen Worten: Der Glaube an die einfachen Lösungen sollte vor allem im publizistischen Überbau aufgegeben werden. Wenn in akademisch-publizistischen Diskursen anerkannt würde, daß Interessen unvermeidbar und legitim sind, dann würde das alltägliche Geschäft der Politik, das mühsame “Bohren dicker Bretter” in einem viel besseren Licht dastehen. Doch etliche Politiker glauben inzwischen – hinter dem Vorhang – sogar selbst, daß Interessen nicht legitim sind.

Deutschland hat seit langem ein Problem mit der Anerkennung von Interessen. Seit dem 19. Jahrhundert herrscht die Gemeinwohl-Rhetorik; Interessen gelten als partikular, gemeinschaftschädlich („Gemeinnutz vor Eigennutz“). Das führt zu der verlogenen Situation, dass man Interessen nur unter dem Deckmantel des „Gemeinwohls“ ins politische Feld führen darf – Gewerkschaften etwa müssen so tun, als wäre ihr zentrales Anliegen der Abbau der Arbeitslosigkeit und nicht etwa die Verteidigung der Interessen der Arbeitsplatzbesitzer. Das führt weiterhin dazu, dass Interessen insgeheim, nicht öffentlich durchgesetzt werden. Man lächelt sich an, und tritt sich unter dem Tisch.

Dieselbe scheinbare Interessenlosigkeit prägt auch den außenpolitischen Diskurs. Deutsche Außenpolitik drapiert sich gern mit dem Mäntelchen der Desinteressiertheit – man hält sich, in offiziellen Deklarationen, dafür zuständig, das Gemeinwohl der Welt zu vertreten. Das ist zum einen nicht wahr, und es ist zum anderen gefährlich, weil die *deklamatorische und die operative* Ebene der Außenpolitik so weit auseinanderklaffen, dass über die operative Ebene deutscher Außenpolitik kaum gesprochen wird und gesprochen werden kann. Erst wenn wir eine Debatte über deutsche Interessen führen – über materielle wie ideelle Interessen –, erst wenn sich ein außenpolitischer Diskurs entwickelt, der sich auf die tatsächlich betriebene Außenpolitik bezieht und nicht auf Phantasmen, erst dann wird deutsche Außenpolitik diskursiv – politisch – verhandelbar und damit auch berechenbar für die Außenwelt werden.

## Leserbriefe

1. Drapiert sich eine Nation auf dem internationalen Spielfeld mit Deklarationen, die vorgeben, das Gemeinwohl der Welt zu vertreten, so ist dies ohnehin von vornherein suspekt. Heisst diese Nation aber auch noch Deutschland, dann ist dies im höchsten Grade unklug, unvorsichtig und undiplomatisch. Niemand kann die Greuelthaten des letzten Jahrhunderts zuruecknehmen, auch sollte man nie die junge Generation fuer die Suenden ihrer Vorfahren verantwortlich machen. Andererseits kann man aber auch nicht erwarten, dass die Abermillionen von Kriegsopfern im Ausland einfach vergessen worden sind. Jedesmal, wenn beispielsweise ein Schroeder oder einer seiner Mitarbeiter sich erdreistete, einen auslaendischen Staatsmann mit Hitler zu vergleichen, dann verlor Deutschland sofort wieder Jahre an muhsam neuerworbener internationaler Anerkennung und Wuerde. Verkuendigungen „im Namen der Menschheit“ sollten wir in Zuknuft besser den Vereinten Nationen ueberlassen.

*Kommentar von [Gerry](#) / 06.01.2006 / [23:20](#)*

**(die weiteren Leser-Kommentare sind hier nicht wiedergegeben; siehe unter <http://blog.zeit.de/kosmoblog/?p=192> )**

## ***Leser-Kommentar, Fritz W. Peter***

zum Leitartikel v. G. Nonnenmacher, F.A.Z. v. 13.1.06

Dieser Kommentar ist eher eine Nachrichtenmeldung, ein Kommentar würde deutlicher Stellung beziehen. Hier wird nur ein Sachstand wiedergegeben, dem Dilemma dieses Konflikts und seinen möglicherweise folgenschweren Konsequenzen wird nicht "ins Auge geblickt". Der Kommentator versteckt sich. Es geht auch anders. Die "linksliberale" New York Times wird sehr viel deutlicher in ihrem Leitkommentar. Der moderate Ton, um den sich die FAZ allzu sehr bemüht, wird dort keinesfalls (!) aufgegeben. Aber die Perspektiven des Konflikts werden offen und mutig angesprochen. – Mich ärgert die häufig anzutreffende Feigheit in unserer deutschen veröffentlichten Meinung, denn es“ hilft nicht weiter, wenn den Entwicklungen (der Iran wird unbeirrt marschieren) nicht nüchtern entgegengesehen wird. Der NYT-Leitkommentar deutet dies, im Unterschied zum FAZ-Kommentar, wenigstens an. Hier ein paar herausgegriffene Zitate: „... *conventional diplomacy has so far failed.*“ „*Every new addition to the roster of nuclear weapons states significantly raises the odds that nuclear weapons will be used in war, or will become available to terrorists.*“ „*Even if Russia and China could be persuaded to go along with sanctions, that might not be enough to pressure Iran ...*“ „*Fortunately, Iran is believed to still be several years away from being able to produce nuclear weapons. But it has now embarked on a course that can have no other plausible intent.*“ Letztere Annahme ist übrigens umstritten, sei hinzugefügt. –

### Nachbemerkung:

An der hohen journalistischen Qualifikation von Herrn Nonnenmacher zweifle ich in keiner Weise; in meinen Schriften habe ich ihn schon des öfteren mit seinen treffenden Kommentaren zitiert. Aber es ist eine „Crux“ mit der samtpfotenen Behandlung vieler wichtiger Themen – angesichts einer offenbar für schonungsbedürftig gehaltenen Leserschaft bzw. Öffentlichkeit. Ist diese Öffentlichkeit wirklich so infantil oder definiert man sie so?

(nachfolgend: Wiedergabe des F.A.Z.- und des NYT-Kommentars)

FAZ-Leitartikel, Freitag, d. 13.1.06

## **Atomstreit mit Iran In den Sicherheitsrat**

*Von Günther Nonnenmacher*

13. Januar 2006 Britannien, Frankreich und Deutschland, die als „EU-3“ mit Iran über dessen Atomprogramm verhandeln, scheinen jetzt wirklich die Geduld verloren zu haben. Seit der Wahl Mahmud Ahmadineschads zum Präsidenten, die der Auftakt einer weiteren, spürbaren Radikalisierung des iranischen Regimes war, hat Teheran seine Verhandlungsposition immer wieder verschärft: Die Entsiegelung dreier iranischer Atomanlagen ist die vorerst letzte Eskalationsstufe.

Der Präsident ist mit seinen antiisraelischen und antisemitischen Tiraden offenbar nicht nur der Lautsprecher von Verfechtern eines besonders harten Kurses innerhalb der herrschenden Clique; es spricht vielmehr einiges dafür, daß eine gegen alle Kompromisse gerichtete, strikt antiwestliche Politik inzwischen zur gültigen, offiziellen Linie Irans geworden sei - auch als gemäßigt geltende Politiker wie der ehemalige Präsident Rafsandschani halten sich daran.

### **Sanktionen oder Palaver?**

Damit rückt näher - nach einer Zwischenstation im Gouverneursrat der Internationalen Atomenergie-Agentur -, was die Iraner bisher immer verhindern wollten, was sie nun aber offensichtlich in Kauf nehmen: die Überweisung des Falles an den UN-Sicherheitsrat. Wenn es dort nicht bei einem Palaver bleiben soll, muß bald über Sanktionen gesprochen werden, was die Zustimmung (oder Stimmenthaltung) der fünf Ständigen Mitglieder erfordert.

Teheran hat den Bogen so weit überspannt, daß sich auch Peking und Moskau nicht mehr strikt gegen Strafmaßnahmen aussprechen. Letztlich können auch Rußland und China kein Interesse daran haben, daß ein weiteres, dazu hochgradig unberechenbares Regime zu dem immer noch exklusiven Kreis der Nuklearmächte stößt.

### **Militärische Maßnahmen sind unwahrscheinlich**

Wirtschaftliche Sanktionen, die über mehrere Stufen gesteigert werden können, sind das am wenigsten gefährliche Mittel, um die Mullahs doch noch zur Raison zu bringen. Aus politischen Gründen ist kaum vorstellbar, daß im Sicherheitsrat militärische Maßnahmen beschlossen werden könnten.

Zwar gibt es, technisch gesehen, eine militärische Option; die Vereinigten Staaten sind dafür ausgerüstet. Aber sie wäre schwierig auszuführen und mit dem Risiko einer weltpolitischen Krise behaftet. Washington, das im Irak genug Probleme hat, wird versuchen, dieses letzte Mittel zu vermeiden.

Text: Nm., F.A.Z., 13.01.2006, Nr. 11 / Seite 1

NYT – January 13, 2006

Editorial

# Iran and the Bomb

Fortunately, Iran is believed to still be several years away from being able to produce nuclear weapons. But it has now embarked on a course that can have no other plausible intent.

Turning its back on generous European and Russian offers that would have guaranteed its supplies of civilian reactor fuel, helped its economy, added jobs and lessened its diplomatic isolation, this week Tehran unsealed the centrifuges it can now use to enrich uranium to bomb-grade levels.

By doing so, it thumbed its nose at all those governments, including the United States, that had been working patiently and creatively to find a diplomatic formula that met everyone's needs without adding to nuclear dangers. Now those countries - along with China, whose veto power on the United Nations Security Council makes it an essential participant - need to look for new ways to stop, or at least slow down, Iran's nuclear weapons drive.

Every new addition to the roster of nuclear weapons states significantly raises the odds that nuclear weapons will be used in war, or will become available to terrorists. Those dangers are especially acute in the case of Iran under its radically belligerent leadership, which has called for the elimination of Israel and maintains close ties with groups that have embraced terrorism.

The problem is that no one has yet come up with any very good ways of deflecting Iran from its nuclear course. Nature has given it all the raw uranium it needs. With help from the rogue Pakistani nuclear scientist Abdul Qadeer Khan, it has acquired uranium enrichment centrifuges and possibly a workable bomb design. And thanks to its ample oil reserves, it has the means to withstand all but the most sweeping and universally enforced sanctions.

Even if the United States and Europe got the Iran case referred to the United Nations Security Council, it is not clear what that body would or wouldn't do. Even if Russia and China could be persuaded to go along with sanctions, that might not be enough to pressure Iran, a major oil exporter whose leadership doesn't seem to care very much about other areas of international trade or diplomacy.

There are no realistic military options, especially for Washington. Iran is more than three times as large and nearly three times as populous as Iraq. And it is worth recalling that the ill-fated invasion of Iraq was first sold to the American public as the most promising way to keep weapons of mass destruction out of the hands of terrorists and terrorist-friendly states.

Still, the world can scarcely afford to ignore Iran's nuclear ambitions and its contempt for diplomacy. The inadequacy of nuclear proliferation safeguards is an argument for strengthening them, not for giving up and wishing for the best.

China and Russia should join the United States, Britain, France and Germany in putting Iran's behavior before the Security Council and condemning it as a steadily growing threat. Plain talk and a united stand are never bad ideas, particularly when more conventional diplomacy has so far failed.